

## **BMWi: Nationale Industriestrategie 2030**

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hat am 05. Februar den Entwurf seiner „**Nationale[n] Industriestrategie 2030 – Strategische Leitlinien für eine deutsche und europäische Industriepolitik**“ vorgelegt.

Zum einen ist das Papier mit seinen historischen Anleihen zum Leitbild der sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards als Manifest zur **Selbstvergewisserung und -bestimmung der Wirtschafts- und Industriepolitik** sowohl der Bundesregierung als auch des christdemokratisch geführten Ministeriums selbst zu verstehen.

Zum anderen leitet das Impulspapier aus einer kritischen Bestandsaufnahme der in den letzten Jahrzehnten versäumten bzw. sich gegenwärtig stellenden Anpassung an technologische Großentwicklungen (z.B. KI) und der derzeitigen Herausforderung technologie- und wirtschaftspolitisch expansiv bzw. protektionistisch agierender Staaten (CN, JPN, USA) auf internationaler Ebene **konkrete Zielsetzungen und Empfehlungen für eine zukünftige deutsche und europäische Industriepolitik** ab.

**Ziele und „Orientierungspunkte“** deutscher Industriepolitik sind:

- die Sicherstellung **industrieller und technologischer Souveränität und Kapazität,**
- der **Ausbau des Anteils der Industrie an der Bruttowertschöpfung auf 25%** (europaweit auf 20% bis 2030),
- der **Erhalt geschlossener Wertschöpfungsketten** mit Analyse möglicher Bruchstellen und dazu passender Gegensteuerung,
- die **Stärkung des industriellen Mittelstandes** mit zusätzlichen Unterstützungsangeboten,
- ein stärkerer **Schutz von Interessen deutscher Großkonzerne**

entlang einer Prüfung („Ordnungspolitische Prinzipien“)

- der industriellen Rahmenbedingungen hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen.
- Hierzu identifiziert das BMWi Handlungsbedarf u.a. bei **Strom- und Energiepreisen** und **Unternehmensbesteuerung**.

Hierzu empfiehlt das Papier als **Maßnahmen**:

- in Bereichen, da eine Übernahme zwar keine Sicherheitsinteressen, aber den **Erhalt von Technologieführerschaft** des Landes berührt, die Prüfung von **Beteiligungsfazilitäten** (z.B. staatliche Beteiligungsgesellschaft),
- die **Re-Evaluierung staatlicher Einflussnahme nach einem neuen volkswirtschaftlichen Verhältnismäßigkeitsprinzip** in Form eines strategischen „Interventionismus“: Je strategischer und größer die Bedeutung des Vorhabens, desto größer der geforderte Handlungsspielraum des Staates.
- Die Etablierung eines europäischen **Rates der Industrieminister** und die **Verabschiedung einer EU-Industriestrategie,**
- die Überprüfung und ggf. Reform des geltenden **Beihilfe- und Wettbewerbsrechts** (*Erst im Januar hat die Europäische Kommission angekündigt, die Dauer sieben beihilferechtlicher Regelungen über 2020 bis 2022 hinein zu verlängern*)
  - mit zeitlich begrenzten Beihilfen für Innovationen im „volkswirtschaftlichen Interesse“
  - einer Veränderung des **deutschen / europäischen Fusionsrechts** mit
    - mehr Bezugnahme auf außerdeutsche/außereuropäische Wettbewerbsherausforderungen und
    - einer Erleichterung von Unternehmenszusammenschlüssen.

## **Vorläufige Einschätzung und weitere Entwicklung:**

Das Bundeswirtschaftsministerium plant einen vertieften Dialog mit den Fraktionen des Bundestages und der Landtage, Industrie, Gewerkschaften und Wissenschaft, bevor die überarbeitete Fassung nach einer regierungsinternen Abstimmung vom Kabinett verabschiedet werden soll. Zeitgleich soll ein **Fahrplan mit möglichen Umsetzungen, Gesetzesänderungen und Maßnahmen** vorgelegt werden.

Eine **abschließende Beurteilung der Tragweite des Papiers** ist zum gegebenen Zeitpunkt **noch nicht möglich**: Die Stoßrichtung des Papiers ist mit der Zielsetzung einer konsistenten industriepolitischen Vision und der Anerkennung der Herausforderungen des technologischen Wettbewerbs, in dem sich die deutsche Industrie mit anderen Volkswirtschaften befindet, an sich zu begrüßen. Des Weiteren benennt das Papier aus Sicht des Anlagenbaus und Industrieservice richtige Herausforderungen der deutschen Industrie.

So ist zunächst:

- zwar das allgemeine Bekenntnis zu einer eingehenden Betrachtung des **Erhalts der Wertschöpfungsketten** und der Wichtigkeit der Rolle der **mittelständischen Industrie** zu begrüßen. Das Papier benennt indes im Gegensatz zu anderen Punkten **noch keine genauen Maßnahmenempfehlungen**.
- die klare - gleichwohl ebenso vorläufig aufzählende - Benennung von **Industrie 4.0** notwendig: Nicht zufällig befinden sich der deutsche Anlagenbau und der Industrieservice mit ihrer konsequenten Hinwendung zur Digitalisierung ihrer jeweiligen Branchen unter den vom Strategiepapier identifizierten Schlüsselbereichen, in denen Deutschland nach wie vor eine technologische Führerschaft innehat. Die voraussetzungsreiche Umsetzung von Industrie 4.0 wird hingegen im Folgenden noch infrastruktur-, arbeits- und digitalpolitische Fragestellungen umschließen müssen.
- die Reform des Beihilfe- und Wettbewerbsrechts mit der Aussicht auf eine Absenkung der Erforderlichkeitsschwelle staatlicher Beihilfen ermutigend.
- die Analyse des Papiers zur wachstums- und wettbewerbsfähigkeitshemmenden Auswirkung staatlicher energie- und umweltpolitischer Eingriffe (S. 19) richtig. Aus dieser Analyse sollten sich im folgenden Dialogprozess sowohl die Erkenntnis eines zukünftigen **self-restraints** deutscher Industriepolitik für weitere regulatorische Belastungen in diesen Bereichen als auch **konkrete politische Maßnahmen für Steuer- und Abgabentlastungen** deutscher Unternehmen niederschlagen.

Jedoch befindet sich das Papier noch in einem Stadium des Problemaufrisses der Herausforderungen der deutschen Industrie, die allesamt im folgenden angekündigten Dialogprozess einer umfassenden Konkretisierung bedürfen. Der vorliegende Papier ist auch aus Sicht des BMWi als ein „erster Aufschlag“ zu bewerten, der als Diskussionsgrundlage dienen wird.

Am 12. Februar nimmt der SET an einer Fachveranstaltung mit MinDir Dr. Philipp Steinberg, Leiter Abteilung I – Wirtschaftspolitik, aus dem BMWi teil, die sich u.a. mit einer **tiefergehenden Diskussion der Industriestrategie 2030** beschäftigen wird. Über die folgenden Entwicklungen halten wir Sie gerne auf dem Laufenden.

---

Arne Harrendorf  
Hauptstadtbüro Berlin